Neue Zürcher Zeitung

Frauen, zur obligatorischen Armeeinformation!

Die Schweizer Armee hat ein Personalproblem. Künftig sollten deshalb auch Frauen in die Pflicht genommen werden, findet der Ständerat.

Christina Neuhaus

21.09.2022, 15.13 Uhr

VBS-Vorsteherin Viola Amherd will mehr Frauen in der Armee. Deshalb soll der Orientierungstag der Armee auch für Frauen obligatorisch werden.

Peter Schneider / Keystone

Müssen bald auch Frauen Militärdienst leisten, um die personelle Unterversorgung der Armee zu lösen? Geht es nach Viola Amherd, der Vorsteherin des Verteidigungsdepartements VBS, soll zumindest der Orientierungstag der Armee zur Frauenpflicht werden. Heute ist die Teilnahme nur für Männer obligatorisch. Mit den Vorbereitungsarbeiten hat das VBS bereits begonnen. Konkretes will das Departement Ende 2024 vorstellen.

Im Ständerat, der sich am Mittwoch mit zwei vom Bundesrat erstellten Varianten zur Zukunft von Armee und Zivildienst beschäftigt hat, stiess der Vorschlag eines obligatorischen Informationstags auf grosses Interesse. Die Sache hat aber einen Haken. Um einen Informationstag für verpflichtend erklären zu können, braucht es laut einem Kurzgutachten der Universität St. Gallen nicht nur eine Gesetzes-,

sondern auch eine Verfassungsänderung und damit eine Volksabstimmung.

Dies wäre auch der Fall bei einer «bedarfsorientierten Dienstpflicht», die nach Ansicht der ständerätlichen Sicherheitskommission ebenfalls geprüft werden soll. Bei dieser Variante würde die Dienstpflicht auf Frauen ausgeweitet. Das Modell sieht vor, dass so viele Bürgerinnen und Bürger rekrutiert werden, wie Armee und Zivilschutz benötigen. Laut den neuesten Berechnungen wäre das rund die Hälfte aller stellungspflichtigen Bürgerinnen und Bürger. Damit würde der Rekrutierungspool gegenüber heute verdoppelt. So könnte sichergestellt werden, dass für Armee und Zivilschutz stets genügend Personal zur Verfügung stünde.

Noch mehr verspricht sich die kleine Kammer von der Variante «Sicherheitsdienstpflicht», die eine Zusammenlegung des Zivildienstes und des Zivilschutzes in eine neue Organisation vorsieht. Sie soll sicherstellen, dass der Zivilschutz genügend Personal rekrutieren kann. Da die Armee bei der Rekrutierung Vorrang hätte, würde diese Variante auch das Personalproblem der Armee weitgehend lösen.

Wie Viola Amherd am Mittwoch sagte, müsse es gelingen, die Zahl der vorzeitigen Abgänge aus der Armee zu reduzieren, damit der Effektivbestand der Armee über die nächsten Jahre hinaus gehalten werden kann.

Wer sich für den Zivilschutz meldet, solle künftig verpflichtet werden können, einen Teil seiner Dienstzeit im Zivilschutz zu absolvieren. Dazu sei aber eine Gesetzesrevision nötig. Die Vernehmlassung soll laut Amherd bereits Ende dieses Jahres beginnen. Ein entsprechendes Gesetz könnte ab 2024 in Kraft treten.